



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Sören Pellmann
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kerstin Griese

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-1070

FAX +49 30 18 527-2479

E-MAIL buero.griese@bmas.bund.de

Berlin, *1.* November 2019

Schriftliche Frage im Oktober 2019
Arbeitsnummer 143

Sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o.a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Griese

Schriftliche Frage im Oktober 2019**Arbeitsnummer 143**

Frage Nr. 143:

Wieviel Zeit zur Abgabe einer Stellungnahme hatten Betroffenenverbände, Selbstvertreter etc. nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten 365 Tagen in der Regel auf Referentenentwürfe zu Gesetzesentwürfen, die Belange von Menschen mit Behinderungen tangieren, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, dass Referentenentwürfe zu Gesetzesentwürfen, die Belange von Menschen mit Behinderung berühren, den Stellungnehmenden bereits in der Aufforderung zur Stellungnahme entgegen der bisherigen Praxis (Vgl. Stellungnahme der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V. in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages vom 14.10.2019) vollständig barrierefrei zur Verfügung gestellt werden.

Antwort:

In den nachstehend aufgeschlüsselten 31 Fällen betrug die durchschnittliche Frist zur Abgabe einer Stellungnahme 16,93 Kalendertage.

Lfd. Nr.	Vorhaben	Frist (Kalendertage)
1	Qualifizierungschancengesetz und Beitragssatzverordnung 2019	5
2	Vergabemindestentgeltverordnung 2019	9
3	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	11
4	Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2018	5
5	Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes	7

6	Gesetz zur Verlängerung befristeter Regelungen im Arbeitsförderungsrecht und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen	8
7	Teilhabechancengesetz	7
8	Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften	11
9	Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts	12
10	Rentenwertbestimmungsverordnung 2018	11
11	Zustimmungsgesetz zur EU-Ratsempfehlung Sozialschutz	3
12	Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts	38
13	Gesetz zur Einführung einer Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen	26
14	Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung	19
15	Viertes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	18
16	Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung	20
17	Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz	23
18	Angehörigen-Entlastungsgesetz	17
19	Digitale-Versorgung-Gesetz	22
20	Gesetz zur Neuregelung der Änderung des Geschlechtseintrags	2
21	MDK-Reformgesetz	33
22	Elektronische Arzneimittelinformationen-Verordnung	16

23	Gesetz zur Stärkung der Rechte von Betroffenen bei Fixierungen im Rahmen von Freiheitsentziehungen	4
24	Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung	24
25	Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung	25
26	Gesetzes zur Stärkung von Rehabilitation und intensivpflegerischer Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung	24
27	Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation	23
28	Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung	28
29	Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten	28
30	Gesetz zur Reform der Hebammenausbildung und zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch	23
31	Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr und zur Änderung weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften	23

Gesetzentwürfe der Bundesregierung werden derzeit überwiegend mit der Software eNorm erstellt, die das Microsoft Word-Programm ergänzt. Seit einer Überarbeitung im September 2018 lassen sich über eNorm barrierearme PDF-Dokumente erstellen. Dank der Funktion „PDF mit Lesezeichen“ wird die Navigation im Gesetz- oder Verordnungsentwurf erleichtert. Weitere Verbesserungen der Barrierefreiheit befinden sich bereits in Planung. Dazu gehört u. a. eine Funktionsanpassung, die das barrierefreie Einfügen von Grafiken unterstützt.

Im Zuge der weiteren Digitalisierung des Gesetzgebungsprozesses soll es perspektivisch auch möglich sein, Verbändeanhörungen über einen einheitlichen Kanal abzuwickeln. Dadurch kann die Verbändeanhörung standardisierter erfolgen und in der Handhabung wesentlich erleichtert und zugänglicher werden. Wie alle Anwendungen der E-Gesetzgebung wird dieser Dienst barrierefrei sein. Darüber hinaus werden die Arbeitsergebnisse des Expertenkreises zur Barrierefreiheit, den das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen der Dienstekonsolidierung eingerichtet hat, in die Weiterentwicklung einfließen.

Ferner soll mit der eZeitplanung ein elektronisches Werkzeug für die Planung von Rechtsetzungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Der dafür entwickelte Prototyp wird derzeit überarbeitet. Mit diesem Werkzeug soll unter anderem beim Erstellen von Zeitplänen in geeigneter Weise darauf hingewiesen werden, dass für die zu beteiligenden Stellen ausreichend Zeit für die Stellungnahme vorzusehen ist. Diese Hinweise sind jedoch nicht gleichbedeutend mit einem generellen Standard, da dieser nicht über ein elektronisches Werkzeug abgebildet werden kann.